

Dresdner Volkszeitung

Hofschloß: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gebr. Erbsold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Boll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Telefon 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Telefon 25361. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 29 mm breite Reklamereinzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamereinzeile 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 65

Dresden, Mittwoch den 18. März 1925

36. Jahrg.

Wenn wir deutschnational wären!

Seit drei Monaten lenkt eine Regierung die Geschicke Deutschlands, die die Würde der Nation skandaliert. Wenn die Herren, die gegenwärtig das behagliche Klubesszimmer der Wilhelmstraße zieren, für deutsche Ehre und deutsches Ansehen keinen Sinn mehr haben, so muß sich die Nation gegen diese Würdelosigkeit erheben und mit der Faust dreinschlagen, auch auf die Gefahr hin, daß dabei die Verfassung ein wenig lädiert würde.

Wieben wir nur bei dem außenpolitischen Fazit der letzten Wochen. Rumänien erklärt Deutschland den Wirtschaftskrieg, schikaniert deutsche Handelsfirmen, setzt Deutsche vor die Tür. Was tut die Regierung Luther-Schiele? Sie gibt nach und beschwichtigt höflich. Der Zwerg hält die Faust, der Riese bittet um schon Wetter. Welche glorreichen Nachfolger Bismarcks!

Und wie weit sind wir mit der Räumung der Röhrenzone? Immer noch dort, wo es den Franzosen gefällt! Die Regierung Luther-Schiele traut sich nicht. Wie steht es mit der Auflösung der Schuldfrage? Genau noch so faul wie früher! Die Regierung Luther-Schiele rührt sich nicht: sie läßt die Legende von der Schuld Deutschlands am Kriege in beiderer Seelenruhe protokolliert weiterleben! Und wie steht es mit der Sicherheitsfrage? Nun, die Regierung Luther-Schiele hat von ihrem Außenminister eine Rede halten und Vorschläge machen lassen, mit denen sie unsern raubgierigsten Nachbarn die ewige Sicherheit verbürgt und um Aufnahme in den Völkerbund wankelt. Was wird diese Regierung von dem stolzen Bau des ehemaligen Deutschlands wohl übrig lassen? Diese sozialdemokratische Regierung läßt dem Erbfeinde erklären, daß sie, um die Rheinlande zu sichern, Elb-Lothringen auf ewig opfern will. „De Straßburg! Nie wieder Krieg!“ schreit dieses Stresemannchen der Regierung Luther-Schiele. Und Oberschlesien? Tanja? Der polnische Korridor? Wo, adel Herr Stresemann verheißt es im Auftrag dieser Regierung an unsre Feinde. Es ist eine moralische Katastrophe sondergleichen, es ist der völlige politische Bankrott unfähiger, würdeloser, pazifistisch degenerierter Individuen, die dank einer famosen Demokratie in Ministerzimmer gelangten, statt dorthin, wo vergiftete Pfeile für die nötige Unschädlichkeit gewisser Volksgenossen garantieren.

In nicht zu ferner Zeit werden die neuen Steuern eingehoben. Das Dawes-Gutachten verlangt es, die Luther-Schiele-Regierung verlangt es, das Boll hat zu zahlen. Mit es angeht die Verkleinerung des nationalen Gutes wie der deutschen Ehre und Würde ein Bugher, wenn sich im Volke das Gerücht breitmacht, diese Regierung sei bestochen! Der einfache Mann versteht eben nicht, daß sich ein unbedeutender Deutscher zum Steuereintreiber der Entente, zum Henker an seinem Volke macht.

Über sonst geht's der Regierung gut. Herr Luther steht für diese ehrenwerte Tätigkeit ein Gehalt ein, mit dem täglich hunderttausend Familien Kaffee kochen können; Herr Stresemann hat es zu zwei Privatautos gebracht und die Herren Neuhaus, Schiele und Konforten haben sich der Antikontrollmoral dieses Kompartiments, das sich Reichsregierung nennt, sehr reich und futterfrippenfreudig angepaßt.

Dieser Gilde fehlt nur noch der Mann, den sie zur Reichspräsidentenwahl auf den Kandidatenstich erhob, nämlich Herr Jarres. Was will man außenpolitisch von einem erwarten, für den sich diese Agenten Boinarés begeistern?

Das arme, gekündete deutsche Volk aber sieht diesem Treiben zu, läßt sich von Friedensschälmeien und Völkerbundschwätzeln einflößen und im Schlaf das Fell über die Ohren ziehen. Bis es eines Tages unter nationaler Führung aufstehen und dem würdelosen, undenklichen Spieß ein Ende machen wird. Und dann werden wir...

Wir brechen ab, weil es die höchste Zeit ist, die Parodie zu beenden. Aber Artikel, wie den vorstehenden, könnten wir heute schreiben, wenn wir deutschnational (siehe Ueberfahrt) oder sonstige Nationalisten wären. Und wir haben den deutschnationalen Artikel dort abgedruckt, wo auch die Partei Gergis nie weiter konnte, dort, wo man auf das Weilserept wartet. So wüten sie, die schwarzweißen Nationalisten, gegen die Verständigungspolitik republikanischer Regierungen, so menaten sie Politik und persönliche Ehre republikanischer Minister willkürlich durcheinander, so drehten sie jene gewöhnlichen Verleumdungen, die alle republikanischen Verständigungspolitiker zu Vaterlandsverrättern itemellen.

Heute schweigen sie zu all dem Entgegenkommen, das die Luther-Regierung in den letzten Monaten der Entente erzeigen mußte. Warum schweigen sie? Weil deutsch-nationale Minister die Wänke der Luther-Regierung zieren!

Über im Laufe des Präsidentschaftskampfes werden sie mächtig mit dem nationalitätlichen Rappen wedeln und so tun, als sei ihre Außenpolitik eine andre, eine „nationale Politik“. Denn wenn diesen Herrschaften alle Argumente ausgehen — die Geschleier und die Lüge bleiben ihnen treu in allen Lebenslagen.

Jarres' dunkler Anhang

D. Berlin, 18. März. (Sig. Funfbruch.) Am heutigen Nachmittag stellt sich Herr Jarres in Berlin einer geladenen Gesellschaft vor. Er beabsichtigt, in diesem Kreis geladener Gäste sein Programm für die Zukunft, also seinen Abbau sozialer Rechte und was es sonst noch an Abbaumaßnahmen gegen die deutsche Arbeiterbewegung gibt, zu entwickeln. Diese Entwicklung soll dann am Abend bei Wein, Weiß und Gelang gefeiert werden. Während das Gros der Berliner Arbeitererschaft nach dem Friedensbühnen marschiert, um die Freiheitskämpfer von 1848 und 1918 zu ehren, werden Vertreter des Wiking-Bundes, des Wertvolts und Stahlhelms, an der Spitze der auf Begnadigung lauende Herr Kili-linger, in einem großen Berliner Hotel beim Seft sitzen.

Es ist übrigens interessant, daß ausgerechnet auch der Hauptmann Geiß, Führer der Reichsflagge und bekannt wegen seiner an Verdrücktheit grenzenden Reden, sich nachträglich für Herrn Jarres einsetzt. Er stürzt sich bei dieser Gelegenheit in geistige Unkosten und erklärt einen besonderen Aufruf, der Herrn Jarres als den auferlesensten Mann der Völkischen kennzeichnet. Es ist wahrhaftig ein trauriges Zeugnis für den Präsidentschaftskandidaten der Rechten, wenn Männer von dem Charakter und dem geistigen Niveau wie Geiß für ihn die Werbelotter rühren müssen.

Auch Jungdo für Jarres!

SPD. Der Kandidat des Bürgerblocks, Herr Jarres, kann sich auf eine neue Stütze berufen, die ihm für seinen „Sieg“ Hilfe angeheißt lassen will. Es ist der Jungdoutsche Orden, der sich nachträglich bereit erklärt, für den Repräsentanten des Westens und den Zügel der Geheimorganisationen einzusetzen. Wie beglückwünschten Herrn Jarres zu dieser neuesten Stütze; denn je mehr Jungdo, Wiking und Wertvolts, je mehr von ihrem Geiße die Wahlpropaganda für Herrn Jarres beirrt, desto härter muß die Stellung der republikanischen Parteien in dem begonnenen Kampfe werden.

Inzwischen hat der Justizminister des Bürgerblocks, Herr Dr. Franke, vor dem Reichstag gestanden, daß der geistige Urheber des Erzberger-Mordes und der Propagandist für Herrn Jarres Kili-linger seine Gefängnisstrafe bisher noch nicht angetreten hat. Er erwartet von der Regierung des Bürgerblocks die Begnadigung, und man kann sich jetzt vorstellen, warum er für Jarres eintritt.

Die Anklagen der Wirtschaftspartei

Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, der am 17. März im Reichstag tagte, kam bezüglich der Reichspräsidentenwahl zu folgender Entschliessung: „Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes bedauert aufs tiefste, daß durch eine egoistische Einstellung der politischen Parteien anläßlich der Reichspräsidenten-

wahl ein Zustand geschaffen worden ist, der nicht im Interesse des deutschen Volkes liegt und dem Ausland gegenüber wieder einmal ein klägliches Bild seiner inneren Zerrissenheit gibt. Ihr Reichsausschuß beklagt lebhaft das Scheitern der von der Wirtschaftspartei vorgeschlagenen Kandidatur Dr. Geißler, auf den sich bei gutem Willen aller beteiligten Kreise das gesamte deutsche Bürgertum zweifellos hätte vereinen können. Um angesichts der ohnehin großen Zahl von Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl eine noch weitergehende Zerstückelung der bürgerlichen Stimmen zu verhindern, empfiehlt der Reichsausschuß den Angehörigen der Partei die Wahl des Kandidaten Dr. Jarres, für den eine weitere Wahlgang behält sich die Wirtschaftspartei ihre Stellungnahme vor.“

Die Entschliessung der Wirtschaftspartei läuft etwa auf die Erklärung hinaus: Wir mögen Herrn Jarres nicht, er genügt uns nicht, aber wir wählen ihn im ersten Gang, weil uns nichts anderes übrig bleibt. Sehr schmeichelhaft für Jarres!

Der Bayerische Bauernbund hat noch keine Entscheidung getroffen. Ein Beschluß soll erst am Mittwoch gefaßt werden.

Ein Dolchstoß gegen Marx

Aus dem Preussischen Landtag wird uns mitgeteilt: Am Mittwoch sollte der neugewählte preussische Ministerpräsident Dr. Marx vor den Landtag treten und die Erklärung seiner Regierung abgeben. Er wird sich aber weder vorstellen noch eine endgültige Mitteilung darüber machen lassen, ob er überhaupt die Wahl annimmt oder nicht. Die Ursache dieses Zustandes ist hauptsächlich darin zu suchen, daß die Rechteparteien des Landtags Herrn Marx am Dienstag in geschlossener Front durch den deutschnationalen Abg. Windler eine Erklärung übermitteln ließen, in der sie mitteilen, daß Verhandlungen mit dem neuen Ministerpräsidenten unmöglich seien, solange Marx gleichzeitig für die Reichspräsidentenwahl im Namen seiner Partei kandidiere. Auf dem Wege über Preußen beabsichtigen also die Rechteparteien des Reichstags, entweder die Kandidatur Marx für die Reichspräsidentenwahl oder aber seine Ministerpräsidentenwahl für Preußen zu erledigen. Dr. Marx teilte dem Reichsausschuß mit, daß er unter diesen Umständen nicht in der Lage sei, am Mittwoch vor den Landtag zu treten. Er beabsichtigt, sich jetzt zunächst mit dem Reichsparteivorstand desentrums in Verbindung zu setzen und wird erst dann eine Erklärung darüber abgeben, ob er die Wahl zum Ministerpräsidenten in Preußen annimmt oder nicht.

Die Haltung des Ministerpräsidenten Dr. Marx ist insofern verständlich, als er ohne seine Partei nichts unternehmen will. Aber es muß nachdrücklich betont werden, daß die Führung der preussischen Staatsgeschäfte und eine gleichzeitige Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl selbstverständlich miteinander vereinbar sind.

Otto Braun

„Minister gegen die Landwirtschaft“

SPD. Das Wort vom „Minister gegen die Landwirtschaft“ fiel zu einer Zeit, als Otto Braun noch preussischer Landwirtschaftsminister war. Geprägt wurde es in den Kreisen um den Reichslandbund, die erst kürzlich wieder in Berlin ihre große Frühjahrsparade abhielten.

Es kann Zeiten geben, in denen ein Landwirtschaftsminister im Gegensatz zur Mehrzahl der Landwirte steht. Dieser Gegensatz mag sich aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Erwägungen ergeben. Kurzfristige, engstirnige „Belange“-Fanatiker wollen dann die Wege nicht gehen, die von einem solchen Landwirtschaftsminister vorgeschlagen werden. Ist der Minister außerdem noch Sozialdemokrat, dann wehe ihm. Der Wälderwald der landwirtschaftlichen „Belange“ tauscht fürchterlich in seinem Jorn. Wohl dem, der über eiserne Nerven verfügt und sich nicht müde machen läßt. Otto Braun verfügte über diese Nerven. Er ging seine Wege weiter. Er blieb auch als Landwirtschaftsminister in den Bahnen, die er als richtig für die deutsche Landwirtschaft empfand.

Die Komit der Weltgeschichte will es nun, daß heute die Kreise, die ihn damals ablehnten, seinen Gedankengängen unbewußt zustimmen. Als Braun Landwirtschaftsminister und preussischer Ministerpräsident war, gab er am 1. November 1920 eine Denkschrift zur Frage der Volksernährung heraus. In dieser Denkschrift legte er dar, daß Deutschland vom Bezuge ausländischen Getreides unabhängig gemacht werden müßte. Das könne nur geschehen durch vermehrte Anwendung künstlichen Düngers. Braun erkannte an, daß es den Landwirten schwer sein wird, die Gelder für das Mehr an Dünger aufzubringen. Aus diesem Grunde schlug er folgende Regelung vor:

„Das Reich übernimmt die Bewirtschaftung aller erzeugten Stickstoff- und phosphorsäurehaltigen Düngemittel. Es gibt die vom Erzeuger erworbenen Mengen an die landwirtschaftlichen Organisationen und die Handelsverbände ab, von denen die weitere Verteilung an die Landwirtschaft übernommen wird. Die Bezahlung wird in der Weise geregelt, daß das Reich den landwirtschaftlichen Organisationen und den Handelsverbänden zwei Drittel des Wertes zundet. Dafür gewähren diese dem

Landwirt einen Kredit in Höhe von zwei Drittel des Kaufpreises der abgenommenen Düngemittel. Das letzte Drittel hat der Landwirt bei der Abnahme in bar zu zahlen; die Zahlung der gestundeten zwei Drittel geschieht in Form von Getreide aus der nächstjährigen Ernte.“

Dieser weitanschauende Plan Brauns wurde abgelehnt. Er roch zu stark nach Sozialisierung. Wäre er angenommen worden, dann hätte die deutsche Landwirtschaft die Kräfte nach der Stabilisierung nicht über sich ergehen lassen brauchen. Mit der Annahme dieses Planes wäre noch mehr erzielt worden. Das gesamte deutsche Wirtschaftsleben hätte eine Festigung erfahren können und die Elendsjahre würden dem deutschen Volke erspart worden sein.

Was sagen nun heute landwirtschaftliche Kreise zur Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichem Dünger? Im Rahmen der Landwirtschaftswoche im Februar 1925 tagte die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft. Die Mehrzahl der Teilnehmer der Reichslandbundwoche fand sich bei dieser Gelegenheit in einem kleinen Kreise zusammen, um hier über Fachfragen zu beraten. So auch die Düngeabteilung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Ihr Vortragsthema lautete „Betriebswirtschaftliche Grenzen der Kunstdüngereinsatzung“. Die Einleitung übernahm Dr. E. Vieri, Groß-Dobritsch. Wohl niemals ist besser der Wert der Vorschläge Brauns dargestellt worden als in diesem Referat. Folgende wörtliche Zitiierungen beweisen dies:

„Nicht über die Frage, ob wir künstlichen Dünger kaufen sollen, gerbrechen wir uns den Kopf, sondern darüber, woher das Geld zu weltmarktmäßigem Zinsfuß — der ist 4 und nicht 20 Prozent — genommen werden soll, um den Kunstdünger bezahlen zu können. Die Sorge, den künstlichen Dünger im notwendigen Umfang gar nicht kaufen zu können, ist viel größer als selbst das Gewinst der Steuern. Denn die letzteren können womöglich gestundet werden; wenn aber auch der künstliche Dünger nicht in dem notwendigen Umfang wird angekauft werden können, so ist niemand da, der den entstehenden Ernteausfall stundet. Die Folge davon ist, daß im nächsten Jahre der Naturertrag je Morgen noch geringer sein wird. Damit ist man zur Extremität übergegangen, ohne daß man es wollte, und trotzdem man weiß, daß man dadurch seinem Verhängnis entgegengeht und seinen Grund und Boden entwertet, denn man legt ja den Substanz... In den Stickstoff knüpft sich meine